

FREIE SICHT

Jetzt wird es sehr ernst

REINER EICHENBERGER

Zwei Monate vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit ist es Zeit für eine Zwischenbilanz. Die Protagonisten – Regierung und Spitzenverbände – haben sich im Denkreduit verschanzt. Sie predigen stereotyp, ohne Personenfreizügigkeit seien die Bilateralen I und damit unser Wohlstand gefährdet. Dabei bemühen sie die Studien, die das Gegenteil zeigen, etwa Ecoplan 2015: Danach sind die Bilateralen I nicht wichtig.



Weiterhin jubelt man, dass die Zuwanderung bisher keine grossen Probleme auf dem Arbeitsmarkt brachte – «ausser» in einigen Grenzregionen. Dabei hat Zuwanderung in flexible Arbeitsmärkte in flexiblen Volkswirtschaften noch nie Arbeitslosigkeit gebracht. Schaden entsteht erst, wenn die Märkte nicht mehr flexibel sind. Aber genau das bewirken die flankierenden Massnahmen.

Hingegen weigern sich Regierung und Spitzenverbände weiterhin, über die wahren Probleme der Personenfreizügigkeit nachzudenken: die mit dem schnellen Bevölkerungswachstum einhergehende Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umwelt und Selbstversorgungszielen, ferner die Kosten durch flankierende Marktein-

«Schäden entstehen erst, wenn die Märkte nicht mehr flexibel sind.»

griffe und Umverteilung. Schliesslich herrscht weiterhin Zahlenwirrwarr. Regierung und Spitzenverbände predigen, die Zuwanderung gehe zurück. Gemäss dem «Monitor Zuwanderung» des Bundes wächst die Nettozuwanderung seit Ende 2016 wieder langsam – und sie ist im Dezember und Januar 2019/2020 mit einem Plus von 32,7 Prozent gegenüber 2018/2019 richtiggehend explodiert.

Zudem ist die Nettozuwanderung verzerrt gerechnet. Die Zuwanderung ist seit dem Sprung infolge voller Personenfreizügigkeit ab 2007 von 100 000 auf rund 150 000 erstaunlich konstant geblieben. Kontinuierlich gewachsen ist dagegen die Auswanderung von Ausländern. Dabei spielen drei Faktoren eine Rolle: Die ausländische Bevölkerung ist seit 2007 infolge Zuwanderung und trotz 500 000 Einbürgerungen von 1,55 Millionen auf 2,15 Millionen stark gewachsen; heute wandern die Zuwanderer schneller weiter als früher; und viele der Zuwanderer bekommen Kinder in der Schweiz, die dann mit ihnen wieder auswandern. Entsprechend sind viele der Auswanderer gar keine vorherigen Zuwanderer, sondern hier geboren. Da seit 2007 die Zahl ausländischer Geburten um rund 7500 jährlich oder 40 Prozent gewachsen ist, ist dieser Effekt bedeutend. Entsprechend ist die um diesen Effekt korrigierte Nettozuwanderung noch deutlich stärker gewachsen als die vom Bund ausgewiesenen Zahlen.

Schliesslich predigen Bund und Spitzenverbände weiterhin, Kontingente wären schädlich. Tatsächlich aber verlangt die Initiative gar keine Kontingente. Sie verlangt nur die eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Die Kontingente stehen wegen der angenommenen Massenzuwanderungsinitiative schon heute in der Verfassung. Nachdem die Regierung sie bisher nicht umgesetzt hat, könnte sie in Zukunft auf die beste und liberale Lenkung der Zuwanderung setzen: auf Zuwanderungsabgaben.

In dieser Kolumne schreiben «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner sowie Monika Roth, Professorin und Rechtsanwältin, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, und Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik Universität Freiburg.